

Ksenija Bekeris - Engagiert für Barmbek in der Bürgerschaft



SPD

DER NEWSLETTER FÜR BARMBEK, DULSBURG, HOHENFELDE UND UHLENHORST

Nummer 05/2013

13. Dezember 2013

Arbeitsausbeutung in Hamburg – was tun?

Ausbeuterische Arbeitsverhältnisse – es gibt sie auch in Hamburg. Presseberichte über unseriöse Arbeitsvermittler und Schufferei zu Hungerlöhnen im Bau-, Fleisch- und Reinigungsgewerbe zeigen die Spitze des Eisbergs. Selten landet ein Fall tatsächlich mit Verdacht auf Menschenhandel zur Arbeitsausbeutung bei der Staatsanwaltschaft wie im Fall der zwei rumänischen Schweißer, die auf der Meyer Werft in Papen-

matland, sind sie besonders gefährdet, sich auf ausbeuterische Arbeitsverhältnisse einzulassen. Das Wohlstandsgefälle innerhalb der Europäischen Union bildet sich so auch in Hamburg ab. Wie lassen sich ausbeuterische Arbeitsverhältnisse in Hamburg unterbinden? Diese Frage haben Ende November auf Einladung der SPD-Bürgerschaftsfraktion die Europaabgeordneten Jutta Steinruck und Knut Fleckenstein sowie Senator Detlef Scheele und Horst Hopmann von Arbeit und Leben Hamburg diskutiert.

In ihrer Einführung sprach Jutta Steinruck ganz offen das grundsätzliche Problem innerhalb der EU an: das Fehlen einer Verankerung des Grundsatzes „gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“. Die Sozialdemokratin machte deutlich, dass angesichts der überwältigenden 2/3-Mehrheit der konservativen Parteien im EU-Parlament und in den Ländern Europas zurzeit keine großen Verbesserungen möglich sind. Ein politischer Wechsel ist dringend notwendig, um eine politische Regulierung des europäischen Arbeitsmarktes zur Verbesserung von Aspekten des Arbeitsschutzes und von Arbeitnehmer/innenrechten durchzusetzen. Steinruck arbeitete jüngst einen Bericht zu Arbeitskontrollen aus, in dem sie ihre Ziele formulierte. So gibt es zwar klare sozialdemokratische Vorstellungen auf EU-Ebene

aber keine Möglichkeit zur Umsetzung.

In Hamburg hat der Senat auf die prekäre Situation mit einer Beratungsstelle für europäische Arbeitnehmer/innen reagiert, die sehr gut angenommen wird. An dieser Stelle wurde schon mehrmals darüber berichtet. Eine umfassende, muttersprachliche Beratung über Rechte und Pflichten scheint der wirksamste Hebel gegen jene Hamburger Arbeitgeber zu sein, die das Unwissen und die Notlage ausländischer Arbeitssuchenden zu ihren Gunsten ausnutzen.



Foto: Jutta Steinruck

Die EU-Abgeordnete Jutta Steinruck

Versuche, extreme Fälle von Arbeitsausbeutung, in denen Menschenhandel vermutet wird, zur Anzeige zu bringen, gibt es sehr selten. Nach § 233 StGB, der diese Straftat definiert, wurde in Hamburg 2010 bis 2012 insgesamt nur 10 Mal überhaupt ermittelt.

In dieser Ausgabe:

KOMMENTAR: WINTER-NOTPRORAGMM	2
INTERVIEW MIT DEM NEUEN STADTTEILRAT BARMBEK-NORD	2
SPATENSTICH BEI DER ZINNSCHMELZE	3
FROHE WEIHNACHTEN!	3

Ob es im oben genannten Fall der Meyer Werft zu einer Verurteilung kommt ist noch ungewiss.

Neben der Beratungsstelle Arbeitnehmerfreizügigkeit empfiehlt der Senat ungelehrten europäischen Arbeitssuchenden die Rückkehr in ihre Heimatländer. Senator Scheele verweist dabei darauf, dass diese Menschen durch das hiesige Hilfesystem kaum erreicht werden können. Er sieht die Herkunftsländer in der Pflicht und bietet diesen auch Hilfe bei der Abrufung von EU-Geldern an. Ein konkretes Angebot an Bulgarien blieb bisher jedoch ohne Resonanz.



Foto: Petra Schmidt/pixelio.de

burg arbeiteten bis ihre Unterkunft abbrannte. Die beiden Männer starben, ihr Tod machte die desaströsen Wohn- und Arbeitsverhältnisse von ausländischen Arbeitnehmer/innen öffentlich. In den letzten Jahren hat sich im Zuge der EU-Osterweiterung eine Art Schattenarbeitsmarkt entwickelt. Während sich zirka 80 Prozent der Zuwanderer aus den östlichen EU-Ländern unauffällig auf dem Arbeitsmarkt integrieren, finden Menschen mit geringer Qualifikation nicht den erhofften stabilen Arbeitsplatz in Deutschland. Aus Mangel an Alternativen in Deutschland und im Hei-

Durch die rote Brille.
Der Kommentar

Ksenija Bekeris - Engagiert für Barmbek in der Bürgerschaft

Winternotprogramm - ein Obdach für alle, egal woher



Foto: Anna-Lena Ramm / pixelio.de

Auch in diesem Jahr bietet der Senat für Obdachlose wieder Schlafplätze als Erfrierungsschutz an. Das diesjährige Winternotprogramm startet mit 700 Plätzen. Das sind so viele wie nie zuvor. Zum ersten Mal wird bei der Unterbringung unterschieden zwischen Obdachlosen mit und ohne Rechtsanspruch auf Sozialleistungen. Ohne Rechtsanspruch sind in der Regel Arbeitsmigrant/innen mit osteuropäischen oder afrikanischem Hintergrund. Für sie stehen Feldbetten in zwei Schulen in Horn und Marienthal zur Verfügung. Ein Bus-Shuttle aus der Innenstadt fährt die Schulen jeden Abend zwei Mal an. Der Senat reagiert damit

auf die Erfahrungen des letzten Jahres: Es gab vielfach Konflikte zwischen deutschen und ausländischen Obdachlosen. Auch wurde das Winternotprogramm ausländischen Arbeitnehmern von ihren Arbeitsgebern gezielt als Unterkunft empfohlen.

Für Obdachlose mit Rechtsanspruch gibt es Schlafplätze in der Spaldingstraße. Auch hier: Kein Luxus, der reine Erfrierungsschutz. Die Differenzierung nach Rechtsanspruch wird als Zwei-Klassen-System kritisiert. Ja, es ist eine Unterscheidung. Mehr nach Ort als nach Ausstattung. Es gibt aber eine weit wichtigere Unterscheidung:

bei der Beratung. Getragen von der Stadtmission und finanziell durch die Stadt gestützt gibt es ein spezielles Beratungsangebot für osteuropäische Obdachlose. In erster Linie gibt es Hilfen zur Rückkehr ins Heimatland, denn ohne Aussicht auf Arbeit und ohne ein soziales Netz bleibt in Hamburg nur die Straße mit Perspektive nach unten. Für Wanderarbeiter in prekären Arbeitsverhältnissen gibt es die oft erwähnte Beratungsstelle Arbeitnehmerfreizügigkeit. Die Differenzierung nach Rechtsanspruch ist in Ordnung. Die Differenzierung bei der Beratung ist beispielhaft in Deutschland.

Wahlkreis aktuell: Ein neuer Stadtteilrat für Barmbek-Nord

Es gibt bereits einen Barmbeker Ratschlag und regelmäßige Stadtteilgespräche in der Kirchengemeinde Nord-Barmbek. Wozu braucht Barmbek Nord einen Stadtteilrat?

Der *Barmbeker Ratschlag* ist eine Konferenz professioneller Akteure im Stadtteil. Vertreter von Institutionen, Bildungseinrichtungen, der Polizei und Gewerbetreibende treffen sich hier unter der Woche während ihrer normalen Arbeitszeiten. Das *Stadtteilgespräch* stellt ein offenes Gesprächsforum für stadtteilrelevante Themen dar, an dem sowohl professionelle Akteure als auch privat Interessierte Anwohner teilnehmen können. Der Kreis ist unverbindlich, unterliegt einer nicht unerheblichen Teilnehmer-

fluktuation und ist grundsätzlich nicht als beschlussfassendes Gremium angelegt. Der *Stadtteilrat Barmbek-Nord* vertritt alle am Stadtteil Barmbek-Nord Interessierten, vor allem seine Bewohnerinnen und Bewohner. Seine Mitglieder sind gewählt und treffen sich fest in jedem Quartal. Der Rat fasst Beschlüsse zu aktuellen stadtteilrelevanten Themen und spricht Empfehlungen aus. Verabschiedete Protokolle werden den zuständigen politischen Gremien vorgelegt.

Was wollen Sie in den nächsten Monaten konkret bewegen?

Detaillierte Projekte und Themen werden im Rahmen der ersten Sitzung des Stadtteilrats am 5. Februar

2014, 19:00 Uhr (Ort: Stadtteilschule Helmut Hübener, Benzenbergweg 2, Musikraum) aufgestellt.

Identifiziert wurden bis jetzt drei Kernbereiche:

Etliche verbliebene Projekte aus dem ehemaligen Themengebiet Langenfort

Eine perspektivisch ausgerichtete Erweiterung des Spektrums vom bisherigen Themengebiet Langenfort auf den gesamten Stadtteil Barmbek-Nord.

Augenmerk auf die Verdichtung des Stadtteils mit zahlreichen neuen Wohnquartieren (Dieselstr., Quartier 21, etc.)

In St. Georg und anderen Stadtteilen kämpfen die Stadtteilräte um ihr Weiterbestehen. Wie sehen Sie die

ERSTE SITZUNG DES
STADTTEILRATS:
5.2.2014, 19 UHR,
STADTTEILSCHULE
HELMUT HÜBENER,
BENZENBERGWEG 2,
MUSIKRAUM

Zukunft der Stadtteilräte in HH? Haben Sie Interesse an einer Kooperation mit den Stadtteilräten Barmbek-Süd und Dulsberg?

Der Stadtteilrat ist grundsätzlich offen und kooperationsbereit. Bereits jetzt ist ein Mitglied im Sprecherteam gleichzeitig Mitglied des Sanierungsbeirats S1 Fuhsbüttler Str.

Verfügt der Rat über ein eigenes Budget? Für welche Zwecke soll Geld zur Verfügung gestellt werden? Zugesagt wurden 5000 € Anschubfinanzierung und jährlich 2500 € aus dem Quartiersfonds.

Warum sollten sich die Barmbekerinnen und Barmbeker im Stadtteilrat engagieren und wie ist das möglich?

Barmbek braucht engagierte Mitmacher. Sich einsetzen, etwas bewegen wollen bringt Freude und hilft dem Stadtteil und seinen Bewohnerinnen und Bewohnern. Der Gebietsbeirat Langenfort hat gezeigt, was geht! Wer Mitglied des Stadtteilrats werden will, stellt sich dem Stadtteilrat auf einer seiner Sitzungen vor und bewirbt sich. Der Stadtteilrat wählt seine neuen Mitglieder „hinein“.

Wer mitreden und auf dem Laufenden sein will, besucht einfach die öffentlichen Sitzungen. Die Protokolle werden unter www.Barmbek-Nord.info veröffentlicht, bei Interesse per E-Mail zugesandt und sind im Bürgerhaus erhältlich.

Vielen Dank für das Interview!

Kontakt zum Stadtteilrat:

E-Mail: Stadtteilrat Barmbek-Nord.info

Post: Stadtteilrat Barmbek-Nord c/o Bürgerhaus in Barmbek, Lorichsstr. 28 A, 22307 Hamburg

SICH EINSETZEN,
ETWAS BEWEGEN
WOLLEN BRINGT
FREUDE UND HILFT
DEM STADTTEIL
UND SEINEN
BEWOHNER/
INNEN.

Spatenstich für den Anbau der Zinnschmelze

Bei Sonnenschein und eisiger Kälte fand am 26.12. die Grundsteinlegung des Anbaus zur Zinnschmelze statt. Zahlreiche Unterstützer/innen nahmen an der kleinen Feier teil. Ende 2014 soll der Anbau fertig sein. Dann werden ein Veranstaltungsraum für knapp 200 Personen sowie Gruppen- und Büroräume zur Verfügung stehen.

Aktuell wird die SPD-Bürgerschaftsfraktion den Neubau der Zinnschmelze mit 2000 Euro aus Tronc-Mitteln für die Anschaffung von Bühnenelementen unterstützen. Ksenija Bekeris und ihr Team wünschen dem Bau gutes Gelingen!



Foto: Beate Schmid-Janssen

Sonja Engler von der Zinnschmelze



Foto: Andreas Hermsdorf / pixelio.de

Wir wünschen allen Leserinnen und Lesern ein frohes Weihnachtsfest!

Impressum/ V.i.S.d.P.:

Ksenija Bekeris, stv. Fraktionsvorsitzende, Fachsprecherin für Soziales

Abgeordnetenbüro Ksenija Bekeris, Pestalozzistr. 21a, 22305 Hamburg, info@ksenija-bekeris.de

Öffnungszeiten: Di. + Fr.: 9-13 Uhr; Do.: 9-19 Uhr. Tel.: 51906908, www.ksenija-bekeris.de